

Vorlage Nr. IV - S 28/2023 - 2		
für die Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur – Bereich Schule.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Antrag auf überplanmäßig anerkannten Bedarf einer Sachbearbeitung Datenverarbeitung und Controlling im Schulamt im Umfang 0,5 VZE

A Problem

Das Schulamt ist in eine Vielzahl interner und externer Prozesse der Datenüberwachung und Datenermittlung eingebunden, was sowohl mit dem Anstieg der Schüler:innenzahlen als auch mit dem steigenden Bedarf an zu steuernden Prozessen verbunden ist. Die Komplexität der Prüfung vorhandener und neu zu generierender Datenerhebungen hat zusätzlich zugenommen. Der Umfang eines strategischen Controllings ist für die Verbesserung der Verwaltungsabläufe zu erweitern. Das Aufgabengebiet umfasst im Wesentlichen die Unterstützung und Mitwirkung in der Datenhaltung, -pflege und -auswertung, die Mitwirkung beim Aufbau und der Pflege einer künftigen Schulamtssoftware sowie von Datenbanken für das Controlling der Schulamtsdaten insgesamt. Zusätzlich braucht es die Unterstützung bei der strategischen (langfristigen) und operativen (kurzfristigen) Planung sowie die Einrichtung eines Kontrollsystems, um die Auswirkungen von Prognosen, Vorausberechnungen und Plandaten sinnvoll in die schulamtsinternen Abläufe einbinden zu können. Daneben ist eine Informationsversorgung bzw. ein Berichtswesen zu erstellen, das im Schwerpunkt die zeitnahe Informationsversorgung von Fach- und Führungskräften mit allen Daten und Zahlen, die diese für ihre tägliche Arbeit benötigen, beinhaltet. Die vorhandene (Stellenplan Nr. 20066, EG 9b TVöD VKA) 0,5 VZÄ Informations- und Kommunikationstechniker:in reicht hierfür nicht mehr aus und ist inhaltlich nicht den aktuellen Entwicklungen angepasst. Das Schulamt verfügt derzeit nicht über notwendige Ressourcen, um auch das von der Koalition beschlossene Investitionsprogramm für die Sanierung der Schulen, den Ausbau der Kapazitäten und die Erweiterung der Grundschulen mittels zukunftsfähiger Datenplanung zu unterstützen. Die o.g. Stelle konnte in mehreren Ausschreibungsverfahren nicht besetzt werden, so dass die fachliche Steuerung derzeit zusätzlich auf andere Stellen im Schulamt verteilt erfolgt. Eine Überlastung ist bereits angezeigt. Die Folge ist, dass das Schulamt den gesetzlichen Anforderungen, bspw. zur Abgabe valider Daten an die Senatorische Bildungsbehörde oder im Zuge der Bundesstatistik sowie der Beantwortung parlamentarischer Anfragen nicht mehr entspricht und wesentliche Aufgabenbereiche nur unzureichend abgedeckt werden. Die notwendige Datenqualität kann nicht gehalten werden. Die Verlagerung der anfallenden Aufgaben auf fachfremdes Personal ist nicht mehr haltbar.

B Lösung

Der Ausschuss für Schule und Kultur erkennt die überplanmäßigen Bedarfe einer zusätzlichen 0,5 VZÄ einer Sachbearbeitung Datenverarbeitung und Controlling an. Die dauerhafte Neuschaffung des zusätzlichen Stellensolls um 0,5 VZÄ wird vorbehaltlich der Prüfung durch das Personalamt an die Stellenbewertung einer EG 9a TvÖD VKA angepasst und mit der o.g., bereits vorhandenen 0,5 VZÄ zusammengefasst. Mit dieser niedrigeren Eingruppierung

und gleichzeitiger Aufstockung auf eine Vollzeitstelle, erreicht das Schulamt eine höhere Attraktivität und verändert die Zielgruppe für eine Ausschreibung. Die Eingrenzung auf Techniker:in hat in zwei erfolglosen Ausschreibungen gezeigt, dass es keine interessierten Bewerber:innen gegeben hat. Folglich ist sowohl der Umfang, als auch die notwendige Formalqualifikation den neuen Anforderungen anzupassen. Mit Blick auf die bevorstehende haushaltslose Zeit ist eine formalrechtlich verzögerte Haushaltsberatung 2024/2025 zu erwarten. Um die Personalakquise und das erforderliche Stellenbesetzungsverfahren rechtzeitig abschließen zu können, ist eine Bereitstellung der Stelle außerhalb des Haushaltsaufstellungsverfahrens zum jetzigen Zeitpunkt zwingend erforderlich.

Zur Verdeutlichung des Umfangs des künftigen Aufgabenbereichs ist dieser Vorlage die Tätigkeitsbeschreibung beigefügt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen werden im Rahmen der Vorlage und für den Personal- und Organisationsausschuss vom Personalamt eingebracht. Unter Berücksichtigung der Personnhauptkosten sind jährliche Personalkosten nach EG 9a TVöD/VKA in Höhe von 65.498 Euro zu veranschlagen.

Die Vorlage hat weder klimaschutzzielrelevante noch geschlechtsspezifische Auswirkungen. Auswirkungen für ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung, besondere Belange des Sports sowie eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung

Das Personalamt einschließlich der Abteilung 11/6 "Organisation/Stellenbewertung" wurden beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird durch das Dezernat IV sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule und Kultur nimmt die überplanmäßig anerkannten Bedarfe im Umfang von 0,5 VZÄ EG 9a TVöD unbefristet für die Einrichtung einer Sachbearbeitung Datenverarbeitung und Controlling im Schulamt zur Kenntnis und spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Personal- und Organisationsausschuss aus.

Frost
Stadtrat

Anlage: Tätigkeitsbeschreibung